

GROßVERFAHREN LEGEN GERICHTSBETRIEB LAHM

Richtervereinigung weist auf den Personalmangel hin:

Ein einziges großes Strafverfahren, die Insolvenz eines Großunternehmens, die Massenklagen von Geschädigten der Wirtschaftskrise vermögen die Gerichtsbarkeit in ernste Probleme zu bringen.

Alleine im laufenden Verfahren gegen Josef Fritzl hatte die vorsitzende Richterin ca. 10.000 Aktenseiten zu studieren, schwierige Rechtsfragen mit zum Teil juristischem Neuland (Sklavenhandel) aufzubereiten und in mehreren tausend Arbeitsstunden den Prozess vorzubereiten.

Dieser unvermeidbare Aufwand an Personalressourcen, muss zwangsläufig dazu führen, dass viele andere Verfahren verzögert werden. Auch dort haben Beteiligte ein Interesse an der baldigen Lösung ihrer Probleme. Eine Verzögerung wird von den politisch Verantwortlichen aber offenbar in Kauf genommen. Die zu kurze Personaldecke wird nicht verlängert.

Die Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter hat bereits aufgezeigt, dass der Justiz zumindest 150 richterliche und 30 staatsanwaltschaftliche Planstellen sowie ca. 300 Kanzleikräfte fehlen.

Der europaweit anerkannte Qualitätsstandard der österreichischen Rechtssprechung konnte zuletzt nur mehr durch den nicht abgegoltenen, überdurchschnittlichen Einsatz der handelnden Personen gehalten werden. Die Richterinnen und Richter, die täglich Spitzenleistungen erbringen und höchsten Belastungen ausgesetzt sind, sind intensiv bemüht, der hohen Verantwortung ihrer Entscheidungen und deren gravierende Auswirkungen für jeden Einzelnen Rechnung zu tragen. Um dies sorgfältig und gewissenhaft tun zu können, bedarf es entsprechender Zeitressourcen. Fehlt es daran, so kommt es zu Defiziten und Ausfällen.

Die Zahl von Ausfällen insbesondere von burn-out Erkrankungen stieg entsprechend an.

Ungeachtet dessen plant die Bundesregierung in den nächsten Jahren den Abbau von weiteren 170 Planstellen.

Die VÖR warnt neuerlich eindringlich vor den Gefahren eines solchen Vorhabens.

Weder die international hervorragende durchschnittliche Erledigungsdauer, noch die Aufrechterhaltung des derzeitigen hohen Rechtsstandards, wie er den Vorgaben der Menschenrechtskonvention entspricht, wird langfristig möglich sein.

Die verantwortlichen Politiker werden daher dringend aufgefordert, die erforderlichen zusätzlichen Planstellen rasch zur Verfügung zu stellen.

Rückfragehinweis:

Mag. Werner Zinkl
Präsident der Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter
Tel: 0676 898938001